

Peter Wichtel

Unsere Stimme in Berlin

Berlin Aktuell

06/2011 – 15.04.2011



**Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,
liebe Freunde,**

am Ende von zwei weiteren aufeinanderfolgenden und überaus ereignisreichen Sitzungswochen im Deutschen Bundestag lasse ich Ihnen hiermit die aktuelle Ausgabe meines Newsletters zukommen, der von nun an „Berlin Aktuell“ heißen wird. Ich freue mich, Ihnen damit auch heute und kurz vor dem Osterfest wieder einen Einblick in die aktuelle politische Lage der Bundesrepublik und die Arbeit der Christdemokratischen Fraktion im Parlament geben zu können.

Dabei werde ich in dieser Ausgabe zunächst auf die aktuelle Debatte der Beschleunigung des Ausbaus der Erneuerbaren Energien eingehen. Auch über die in dieser Woche im Bundestag angestoßene Debatte zur Präimplantationsdiagnostik wird ich berichten. Zudem gibt es weitere interessante Themen wie die die Einführung des neuen Feuerwehr-Führerscheins, auf die ich ebenso eingehen werde.

Abschließend wünsche ich Ihnen und Ihren Familien ein gesegnetes, frohes Osterfest und erholsame Feiertage.

Herzliche Grüße aus Berlin.

Ihr

www.peterwichtel.de

Die Mitte.



Ausbau der Erneuerbaren Energien beschleunigen

Kernenergie ist für uns eine Brückentechnologie ins Zeitalter der Erneuerbaren Energien. Mit der Erarbeitung des Energiekonzeptes hat die Bundesregierung im vergangenen Herbst einen konkreten Plan zum umfassenden Ausbau der Erneuerbaren Energien vorgelegt. Darin eingebettet war die Laufzeitverlängerung. Durch Abschöpfung der dadurch entstandenen Gewinne wollten wir die für den Ausbau der Erneuerbaren Energien nötigen Mittel bereitstellen.

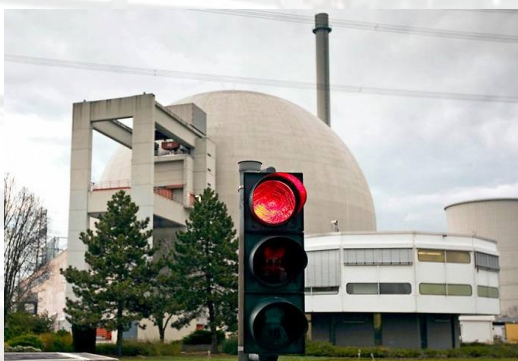


(© dpa)

Die aufgeregte Debatte um das Ausmaß der Laufzeitverlängerung hat das Ziel – Verzicht auf Kernenergie und Übergang in das Zeitalter der Erneuerbaren Energien – aus dem Blickfeld gerückt. Die schrecklichen Ereignisse in Japan, einem Hochtechnologieland, haben uns allen gezeigt, dass das viel beschriebene Restrisiko der Kernkraft neu bewertet werden muss. Wir müssen so schnell wie möglich auf Kernkraftwerke verzichten. **Aber ein sofortiges Ende von einem Tag auf den anderen ist in einer hochindustrialisierten Volkswirtschaft nicht möglich.** Wir sind es, die den Übergang verantwortungsvoll gestalten können und wollen.

Übergang verantwortungsvoll gestalten

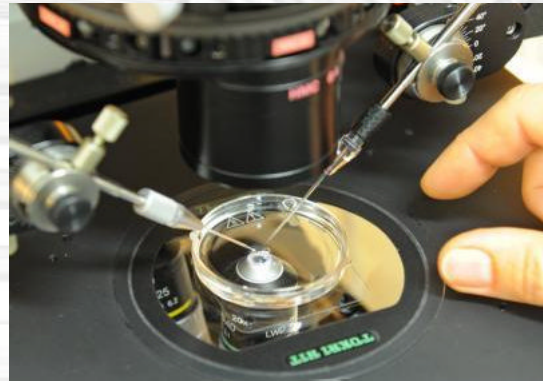
Dazu müssen wir unser Energiekonzept auf Möglichkeiten hin untersuchen, **den Umstieg möglichst zeitnah zu realisieren.** Gleichzeitig muss aber **Sorge dafür getragen werden, dass Energie bezahlbar bleibt und Arbeitsplätze nicht in Länder mit weniger Atomsicherheit abwandern.** Wir wollen uns für einen **Ausstieg mit Augenmaß** einsetzen, wie ihn auch die Bundeskanzlerin befürwortet. Wir werden die Zeit des Moratoriums vor diesem Hintergrund bestmöglich zur Recherche, zur Analyse sowie zur breiten gesellschaftlichen Diskussion und zur politischen Entscheidungsfindung nutzen. Bei der Ausjustierung unserer Energiepolitik sind die Koalitionsfraktionen mit einer eigenen Arbeitsgruppe unter Führung der Fraktionsvorsitzenden eng einbezogen. So werden die Fraktionen die Arbeiten in der Reaktorsicherheitskommission, der Ethikkommission und der Bundesregierung begleiten und nach Bewertung die ggf. notwendigen gesetzgeberischen Schritte umsetzen.



(© dpa)

Beginn der Debatte zur Präimplantationsdiagnostik

In dieser Woche haben wir der **Debatte über die Präimplantationsdiagnostik** einen breiten, diesem wichtigen Thema angemessenen Raum in der Kernzeit verschafft. Mehr als zwei Drittel der Mitglieder des Deutschen Bundestages haben bislang für je einen der drei Gesetzentwürfe ihre Unterstützung erklärt. Die Debatte wird nunmehr denen, die noch keine Entscheidung getroffen haben, sowie der Öffentlichkeit eine umfassende Sicht auf die ethischen und gesellschaftspolitischen, medizinischen und rechtlichen Aspekte der PID ermöglichen. **Der Gesetzentwurf zum Verbot der Präimplantationsdiagnostik, den auch ich unterstütze, sieht ein umfassendes gesetzliches Verbot der Durchführung der PID an menschlichen Embryonen vor.**



(© dpa)

Weiterführende Informationen zur Thematik der PID und allen Gesetzentwürfen finden Sie auf der Webseite der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag unter www.cducsu.de.

Entscheidung für neuen Feuerwehrführerschein



(© dpa)

Um die Einsatzfähigkeit der Freiwilligen Feuerwehren, Rettungsdienste und technischen Hilfsdienste aufrecht zu erhalten, haben wir mit der Verabschiedung des **Siebten Gesetz zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes** die Ermächtigungsgrundlage für eine spezielle Fahrberechtigung für Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren, des Rettungsdienstes, des Technischen Hilfswerks und des Katastrophenschutzes zum Führen von Einsatzfahrzeugen bis zu einer zulässigen Gesamtmasse von 4,75t bzw. 7,5t auf Grundlage einer spezifischen Ausbildung und Prüfung geschaffen. Nach einer Einweisung und Prüfung durch die Organisation bzw. durch einen externen Fahrlehrer können die Länder nun Fahrberechtigungen für Fahrzeuge bis zu 7,5 Tonnen – inklusive Anhänger - ausstellen. Bisher gilt die Regelung nur teilweise für Fahrzeuge bis zu 4,75 Tonnen. In der Praxis liegen jedoch eine Vielzahl der neuen, kleineren Einsatzfahrzeuge bereits über der Gesamtmasse von 4,75 Tonnen.

Aktuelles aus dem Plenum

In der ersten Lesung hat das **Neunundzwanzigste Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes – Einführung eines Ordnungsgeldes** zur Beratung angestanden. Als Reaktion auf wiederholte Ordnungsstörungen der Linksfraktion im Plenum soll zukünftig die Möglichkeit eröffnet werden, gegen Abgeordnete, die Sitzungen des Deutschen Bundestages stören, ein Ordnungsgeld in Höhe von 1.000 Euro, im Wiederholungsfall in Höhe von 2.000 Euro zu erheben. Die Maßnahme kann vom jeweils sitzungsleitenden Präsidenten bei einer "nicht nur geringfügigen Verletzung der Ordnung oder der Würde des Bundestages" verhängt werden. Sie bewegt sich oberhalb des Ordnungsrufes und unterhalb des Sitzungsausschlusses.



(© AP)

Mit dem ebenfalls in erster Lesung beratenen **Gesetz zur Anpassung der Rechtsgrundlagen für die Fortentwicklung des Emissionshandels** wird die umfassend geänderte EU-Emissionshandels-Richtlinie in nationales Recht umgesetzt. Künftig wird die Gesamtemissionsmenge für den EU-Emissionshandel kontinuierlich abgesenkt sowie der Luftverkehr und weitere emissionsintensive Industriebranchen in den Emissionshandel einbezogen. Ab 2013 wird es europaweit einheitliche Zuteilungsregeln geben. Diese europäische Harmonisierung beseitigt die bislang bestehenden Wettbewerbsverzerrungen zwischen den Mitgliedstaaten. Der gesamte Bereich der Emissionsüberwachung wird zukünftig vom Umweltbundesamt vollzogen. Im Hinblick auf den Vollzug des Emissionshandels bleibt es bei der Aufgabenteilung zwischen Bund und Ländern. Kleinanlagen mit Emissionen von weniger als 25.000 Tonnen CO₂ können auf Antrag von der Teilnahme am Emissionshandel befreit werden, wenn sie hierfür im Gegenzug eine von zwei gleichwertigen Verpflichtungen übernehmen:



(© AP)

Entweder die Zahlung eines Ausgleichsbetrages für den ersparten Zukauf von Emissionszertifikaten oder die Selbstverpflichtung zur Verbesserung der CO₂-Effizienz der Anlage.

Vertiefende Informationen über den Emissionshandel finden Sie auf den Seiten des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit unter www.bmu.de.

Zudem hat in zweiter und dritter Lesung das **Gesetz zur Neuregelung mautrechtlicher Vorschriften für Bundesfernstraßen** zur Verabschiedung im Plenum angestanden. Ziel des Gesetzes ist es, die Erhebung der Lkw-Maut auf Bundesstraßen mit vier oder mehr Fahrstreifen auszudehnen, die unmittelbar an eine Autobahn angebunden sind oder in der Anlage des Gesetzes genannt werden. Damit sollen auch Straßen, die einer Autobahn sehr ähnlich sind und deshalb auch wie eine Autobahn genutzt werden, in das Mautsystem einbezogen werden. Das Gesetz ist ein weiterer Schritt in die richtige Richtung, um Deutschland als Logistikstandort Nummer eins weiter zu stärken, gleichzeitig aber auch die Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur in Deutschland nachhaltig zu verbessern.



(© dpa)

Ebenfalls in erster Lesung haben wir das **Gesetz zur Stärkung der Täterverantwortung** beraten. Ziel des Gesetzes ist die Verbesserung und Erweiterung der Möglichkeiten, Straftäter über staatsanwaltschaftliche oder gerichtliche Weisungen im Rahmen von Ermittlungs- bzw. Strafverfahren qualifizierten Täterprogrammen zuzuweisen und bei ihnen dadurch Verhaltens- und Wahrnehmungsänderungen herbeizuführen. Damit sollen neuerliche Gewalttaten vermieden werden und den Tätern soll die Fähigkeit zur Verantwortungsübernahme und zur Selbstkontrolle vermittelt werden. Besondere praktische Bedeutung kommt der Erteilung von Weisungen im Rahmen einer vorläufigen Einstellung gemäß § 153a der Strafprozessordnung zu, da bei Nichteinhaltung solcher Weisungen die Anklage und Verurteilung droht. Gerade nicht vorbelastete Täter könnten damit in besonderem Maße zu einer Teilnahme an entsprechenden Programmen motiviert werden.

Daten und Fakten

Jobcenter: Rekord bei Stellenvermittlungen 2010. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit wurden im Jahr 2010 knapp eine Million Hartz-IV-Empfänger in sozialversicherungspflichtige Arbeit oder Ausbildung vermittelt. Dies ist die höchste Vermittlungsquote seit Einführung der Hartz-Reformen im Jahr 2005 und gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von 17 %. Auch die Zahl der Langzeitarbeitslosen ist mit 784.000 Personen auf den bisher tiefsten Stand gesunken. Verglichen mit 2006 bedeutet dies einen Rückgang von 466.000 Personen. Auch die Jugendarbeitslosigkeit ist mit 178.000 Personen im Jahresdurchschnitt 2010 stark gesunken. So waren im Jahr 2006 noch 300.000 Jugendliche arbeitslos. Deutschland belegt damit international einen Spitzenplatz. Laut einer Studie der Bertelsmann-Stiftung lag die Arbeitslosenquote unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Alter zwischen 15 und 24 Jahren nur in Österreich und in den Niederlanden niedriger als in der Bundesrepublik. (Quellen: Bundesagentur für Arbeit und Bertelsmann-Stiftung)

Berufsbildungsbericht 2011: Ausbildungslage deutlich verbessert. Für das Jahr 2010 ist entgegen der Erwartung eine Verbesserung der Ausbildungslage in Deutschland verzeichnet worden. Die Zahl der angebotenen Ausbildungsstellen betrug rund 560.000 und hat sich damit gegenüber der Prognose um 16.000 erhöht. Rechnerisch standen 2010 89,9 Ausbildungsplatzangebote 100 Ausbildungsplatznachfragern gegenüber. Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge ist dagegen gegenüber dem Vorjahr nur leicht von rund 564.000 auf rund 560.000 zurückgegangen. Auffallend sind die beträchtlichen Divergenzen zwischen den alten und neuen Bundesländern: Während es im Osten Deutschlands zu einem Rückgang von 7,4% kam, nahm die Zahl der neuen Verträge im Westen leicht um 0,7% zu. Insgesamt haben sich die Ausbildungschancen in Ost und West jedoch aufgrund des demographischen Rückganges verbessert. Laut Prognosen des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) soll es in 2011 außerdem zu einem Zuwachs an Ausbildungsplätzen um fast 40.000 kommen. Die Zahl an Altbewerbern reduzierte sich zwischen 2008 und 2010 um fast 30 % auf 184.745. Auch im Übergangssystem ist ein Rückgang an Ausbildungssuchenden festzustellen. Zwischen 2009 und 2010 nahm die Zahl der Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz immerhin um 7% ab. Überdies haben die Ausbildungsabsolventen gute Übernahmechancen. Nach den Ergebnissen des IAB-Betriebspanels betrug die Übernahmequote erfolgreicher Absolventen durch die Betriebe 57%. Nach Ergebnissen des Mikrozensus 2008 bleibt die Ungelerntenquote der 20-29-Jährigen jedoch mit 14,9% nach wie vor sehr hoch. Auch sind in der Berufsausbildung Jugendliche mit Migrationshintergrund stark unterrepräsentiert. Im Jahr 2009 fiel die Ausbildungsbeteiligungsquote junger Ausländer mit 31,4 Prozent nur etwa halb so hoch aus wie die der deutschen jungen Menschen mit 64,3 Prozent. (Quelle: Berufsbildungsbericht 2011)

Sonstiges

In der ersten Aprilwoche haben rund **50 Bürgerinnen und Bürger aus Stadt und Kreis Offenbach** auf meine Einladung hin eine **Informationsreise nach Berlin** angetreten. Die Gruppe setzte sich hauptsächlich aus engagierten **Ehrenämtlern der CDU Heusenstamm** und dem **Bauausschuss der TSG Offenbach-Bürgel** für das neue Sportzentrum zusammen.

Bei hervorragendem Wetter erkundeten die Besucher mehrere Tage lang ausgiebig die Metropolregion Berlin-Brandenburg und das Regierungsviertel. Dabei standen die **Besichtigung des Plenarsaals, der Glaskuppel und der Dachterrasse des Reichstagsgebäudes** ebenso auf dem Programm wie ein Treffen mit mir, bei dem ich ausführlich über meine Arbeit im Deutschen Bundestag berichtete. Auch ein **Informationsgespräch im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung**, bei dem aktuelle Sachverhalte wie der Lärmschutz thematisiert und diskutiert wurden, boten einen eindrucksvollen Blick hinter die Kulissen der Hauptstadt. Der **Besuch des Potsdam-Museum und eine Sonderführung durch die Gedenkstätte zum Potsdamer Abkommen im Schloss Cecilienhof** waren weitere Höhepunkte der Reise.

Es ist mir immer wieder ein besonderes Anliegen, als gewählter Parlamentarier **Bürgerinnen und Bürgern meines Wahlkreises einen Besuch unserer Hauptstadt zu ermöglichen**. Die Einblicke in den Regierungsalltag und die Erkundung der historisch wertvollen Kulturschätze Berlins sind für Besucher aus der Heimat immer wieder überaus faszinierend. Dass ich mit der Einladung vor allem ehrenamtlich engagierten Bürgerinnen und Bürgern eine Freude machen kann ist mir dabei besonders wichtig.



Impressum

Peter Wichtel
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 / 227 – 77041
Fax: 030 / 227 – 76241
Mail: peter.wichtel@bundestag.de
Internet: www.peterwichtel.de

Redaktion

Christoph Schmid

Bildnachweis

Seite 2 – dpa (oben), dpa (unten)
Seite 3 – dpa (oben), dpa (Mitte)
Seite 4 – AP (oben), AP (unten)
Seite 5 – dpa

